

Bericht

des Ausschusses für Standortentwicklung betreffend ein spürbares Entlastungspaket zur Eindämmung der hohen Energie- und Lebenshaltungskosten

[L-2022-279932/3, L-2022-279932/4-XXIX,
miterledigt [Beilagen 137/2022](#) und [139/2022](#)]

Die Strompreise schießen durch die Decke und sorgen für Preissteigerungen in allen Lebensbereichen. Für viele Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher wird die Stromabrechnung zur absoluten Belastungsprobe. Nicht nur private Haushalte, sondern auch Handel, Landwirtschaft und besonders die energieintensive Industrie leiden unter den extremen Preissteigerungen. Der Oö. Landtag ist daher überzeugt, dass es trotz der von der Bundesregierung bereits präsentierten, Entlastungspakete weiterer Maßnahmen bedarf, um Haushalte und Wirtschaft spürbar zu entlasten.

Der Oö. Landtag ersucht deshalb die Oö. Landesregierung, bei der Bundesregierung folgende Anregungen vorzubringen:

(1) Europäisches Strommarktdesign weiter überdenken und alternative Lösungen suchen

Im aktuellen Strommarktdesign erhalten alle Kraftwerke einen Zuschlag, die zur Deckung der Nachfrage nötig sind. Da das Angebot von Strom aus erneuerbaren Quellen in Europa noch nicht ausreichend ist, bestimmen meist thermische Kraftwerke mit hohen Grenzkosten den Strompreis. Teure Kraftwerke, wie Gaskraftwerke, sind also notwendig, um die Nachfrage zu decken. Diese bestimmen dann den Börsenpreis für alle Kraftwerke. Die Energiewirtschaft bezeichnet diesen Preisbildungsmechanismus als „uniform pricing“.

Konsumentinnen und Konsumenten kommen dadurch jedoch nie in den Genuss der Grenzkosten der günstigeren Kraftwerke. In der aktuell höchst unsicheren Lage von Gaspreisen abhängig zu sein, wirft etliche Fragen rund um das europäische Strommarktdesign auf.

Bereits letztes Jahr wurde die Agentur der Energielieferungsbehörden (ACER) von der Europäischen Kommission damit beauftragt, die Vor- und Nachteile der derzeitigen Strommarktgestaltung zu untersuchen. Mit Präsentation der ersten Erkenntnisse im November 2021 wurde zwar sichtbar, dass das bisherige „Pay-as-Clear-Modell“ sich in Sachen freier Preisbildung und wettbewerblicher Märkte bewährt hat. Der Oö. Landtag ist jedoch überzeugt, dass es die aktuelle Situation und die Entwicklungen der letzten Monate nötig machen, Verbesserungen zu finden, die Unabhängigkeit und rasche Energiewende bei gleichzeitig leistbaren Preisen für Konsumentinnen und Konsumenten fördern.

Der Oö. Landtag erkennt an, dass die Liberalisierung des Strommarktes zwar zu großen Entlastungen geführt hat, regt jedoch gleichzeitig an, dass nach 20 Jahren jedenfalls Spielraum für Verbesserungen in Sachen Unabhängigkeit und Flexibilität gegeben sein muss.

(2) Energiesparen durch steuerliche Anreize

Energieeffizienzsteigerung und Energiesparen sind zwei unverzichtbare Säulen um die Energiewende zu schaffen. Dabei sind Anreize wertvolle Lenkungshilfen. Eine bis Ende 2024 befristete Senkung der Steuern auf die ersten 2.000 kWh Stromverbrauch/Jahr könnte so eine Unterstützung des Lenkungseffekts hin zur Energiewende sein. Damit wäre auch gewährleistet, dass einkommensschwache Haushalte, die ohnehin einen geringeren Stromverbrauch aufweisen, stark entlastet wären.

Weiters würde mit einer derartigen Lösung ein großer Anreiz zum bewussten Energiesparen bewirkt. Wenn man bedenkt, dass ein durchschnittlicher Haushalt etwa einen Jahresverbrauch von rund 4.100 kWh hat, den er bei gezieltem Energiesparen auf ca. 3.200 kWh reduzieren könnte, würde sich durch diese Entlastung ein positiver Effekt sowohl für die Kaufkraft, die Versorgungssicherheit, aber auch die Energiewende ergeben.

(3) CO₂-Bepreisung aussetzen

Die geplante Einführung der CO₂-Bepreisung muss bis auf weiteres zumindest ausgesetzt werden, um die damit einhergehende Belastung der Bevölkerung abzuwenden.

Viele Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher sind sowohl beruflich, als auch privat auf das Auto angewiesen. Die Mobilitätswende ist eines der großen Ziele der nächsten Jahre, funktioniert aber nicht von heute auf morgen. Bei den aktuellen Teuerungen und der unübersichtlichen Lage über den Fortgang des Ukraine-Krieges und den damit verbundenen Versorgungsunsicherheiten mit russischem Gas wäre ein Aussetzen der CO₂-Bepreisung bis auf weiteres angebracht.

(4) Energieintensive Industrie entlasten, um Arbeitsplätze zu sichern

Die Auftragsbücher der heimischen Wirtschaft sind bestens gefüllt. Es fehlt den Betrieben jedoch, nicht zuletzt wegen des Ukraine-Krieges, an Arbeitskräften und oftmals bestehen Probleme in der Lieferkette. Hinzu kommen die enorm gestiegenen Energiekosten, die zu weiteren Belastungen führen. Der Gewinn eines durchschnittlichen Industriebetriebs beträgt etwa vier Prozent seines Umsatzes. Den Großteil der Kosten in der Produktion verursachen die Ausgaben für Energie. Wenn diese weiter steigen, ist die Existenz für viele Betriebe am Industriestandort Oberösterreich bedroht. Um dem entgegen zu wirken, wäre es angebracht, dass der Staat einen Teil seiner Einnahmen aus dem Emissionszertifikatehandel an besonders betroffene Unternehmen zurückfließen lässt, um den Standort und damit eine Vielzahl wichtiger Arbeitsplätze abzusichern.

Der Ausschuss für Standortentwicklung beantragt,

- 1. der Ausschussbericht möge in die Tagesordnung der Landtagssitzung am 7. April 2022 aufgenommen werden,**
- 2. der Oö. Landtag möge die sich aus den vorstehenden Punkten**
 - (1) Europäisches Strommarktdesign weiter überdenken und alternative Lösungen suchen,**
 - (2) Energiesparen durch steuerliche Anreize,**
 - (3) CO₂-Bepreisung aussetzen und**
 - (4) Energieintensive Industrie entlasten, um Arbeitsplätze zu sichern,****im Detail ergebende EntschlieÙung betreffend ein spürbares Entlastungspaket zur Eindämmung der hohen Energie- und Lebenshaltungskosten beschließen.**

Linz, am 6. April 2022

Bgm. Margit Angerlehner
Obfrau

Bgm. Dr. Christian Dörfel
Berichterstatter